

Zürich

Von Liliane Minor

Wie viel Sozialarbeit brauchen Jugendliche?

Am 16. Mai wird in Bülach abgestimmt, ob die Stadt einen Gassenarbeiter einstellt. Für die Gegner aus der SVP ein Votum mit Signalwirkung.

Bülach. - Eigentlich ist der Hauptort des Zürcher Unterlandes recht beschaulich. Aber auch dort gibt es Jugendliche, denen das Vereinsleben nichts sagt, die sich nicht einmal im Jugendtreff blicken lassen, sondern herumlungern, beim McDonald's, der BP-Tankstelle oder auf dem Lindenhof mitten im Städtchen. Sie sind zuweilen laut, lassen Abfall liegen, machen Dinge kaputt. Viele Bülacher, vor allem betroffene Anwohner und Kunden, stört das.

Schon seit vier Jahren ist Gassenarbeit deshalb ein wichtiger Punkt im Bülacher Jugendleitbild. «Anders können wir diese Jugendlichen nicht erreichen», sagt Matthias Schwank, Gemeinderat der Grünen und Mitglied der Jugendkommission. Im Herbst 2002 stellte die Stadt einen Gassenarbeiter ein, der aber nach einem halben Jahr kündigte. «Er war zu sehr auf sich allein gestellt», sagt Schwank heute. Die Jugendkommission suchte zusammen mit dem zuständigen Stadtrat Felix Hofstetter (SVP) nach neuen Lösungen.

SVP spricht von «Verhättschelung»

Schnell stiess man auf die Ajuga Wallisellen (siehe Kasten). Bülachs Nachbargemeinden Hochfelden und Bachenbülach nutzen das Angebot bereits und sind damit zufrieden. «Seither haben wir keine Probleme mehr», sagt Rino Keller, Gemeindepräsident von Hochfelden. Er erachtet es als Vorteil, die Gassenarbeit extern einkaufen zu können: «Unsere Sozialarbeiterin hat damit einen professionellen Hintergrund, den wir nicht bieten könnten. Dank der Leistungsvereinbarung wissen wir immer, was läuft.»

Das Angebot der Ajuga schien auch dem Bülacher Parlament überzeugend, es sagte mit 29:6 Stimmen Ja. Selbst Teile der SVP-Fraktion stimmten dem Kredit von jährlich 98 000 Franken zu. «Verhindern wir damit nur eine Heimeinweisung pro Jahr, haben wir das Geld eingespielt», sagt Schwank. Trotz dem klaren Entscheid ergriffen die SVP-Gemeinderäte Claudio Schmid und Othmar Kern das Referendum und brachten 540 Unterschriften zusammen. Am 16. Mai wird abgestimmt.

In einem Argumentarium gegen den Kredit heisst es, 98 000 Franken seien ein «nicht verkraftbarer Leistungsausbau» und zu viel für ein 60-Prozent-Pensum. Dass der Kredit auch Infrastruktur und fachliche Unterstützung für den Gassenarbeiter beinhaltet, steht nicht im Text. Verfasser Claudio Schmid macht im Gespräch keinen Hehl daraus, dass es ihm auch nicht allein darum geht: «Die 98 000 Franken sind im Grunde Peanuts. Es geht um ein grundsätzliches Plebiszit. Gewinnen wir, gehen wir sofort auf weitere Projekte los, zum Beispiel die Integrations-Beratungsstelle Raizu. Das ist auch so eine Randgruppenverhättschelung.» Unter Druck kommen dürften dann auch das Kulturzentrum Guss 81-80 und der Jugendtreff.

«Wir haben es im Griff in Bülach»

Schmid ist überzeugt, dass es die Ajuga nicht braucht: «Wir haben die Situation in Bülach im Griff.» Herumhängende Jugendliche seien in erster Linie das Problem von ein paar Hausfrauen, die sich gestört fühlten. «Es ist doch nicht Aufgabe des Staates, mit denen "go sändele .» Renitente und drogenabhängige Jugendliche seien «den Vereinen zuzuführen».

Und die Vandalenakte? «Dieses Problem löst man mit der Polizei», erklärt Schmid. Gerade das habe in Bülach nicht funktioniert, entgegnet Ajuga-Befürworter Matthias Schwank und erinnert an die Hohfuhri-Gruppe, die sich eine Zeit lang in der gleichnamigen Schulanlage zum kollektiven Besäufnis

traf: «Die Polizei konnte sie nie zur Vernunft bringen.» Für Stadtrat Felix Hofstetter kommt ein weiteres Argument pro Ajuga dazu: Vieles, was Jugendliche tun, ist zwar störend, aber nicht Sache der Polizei.

Die Gegner bestreiten nicht, dass neben Bachenbülach und Hochfelden auch weitere Gemeinden gute Erfahrungen mit der Ajuga machten. Schmid berichtet indes lieber von Gemeinden, die der Ajuga gekündigt hätten: Bassersdorf, Dübendorf und Wangen-Brüttisellen. Nur: Wangen-Brüttisellen war nie Ajuga-Kunde, und Bassersdorf hat die Mitgliedschaft beim Ajuga-Trägerverein gekündigt, weil die Gemeinde die übrigen Angebote des Vereins nicht nutzen konnte. «Mit der Ajuga hatte das nichts zu tun», sagt Gemeinderätin Elsbeth Moser (SVP). Nur Dübendorf war tatsächlich nicht zufrieden, stieg 2001 aus und stellte einen eigenen Gassenarbeiter ein. Inzwischen wurde die Ajuga allerdings von Grund auf neu konzipiert, seither hat nie mehr eine Gemeinde den Vertrag mit ihr gekündigt.

Datum: 20040419

300910, TAG , 19.04.04; Words: 649, NO: XA2004041900092